

ABB kündigen Widerstand in Gremien an

POLITIK Kritik am
Vorgehen der Stadt

BORNHEIM. Die Aktiven Bürger Bornheim (ABB) wollen die Flüchtlingspolitik nicht mehr in bisheriger Form mittragen. „Jetzt ist Schluss“, kündigt die Wählergemeinschaft in einer Pressemitteilung an. „Bis auf weiteres werden alle Mitglieder der ABB im Rat und in den Fachausschüssen zum Thema Flüchtlingsunterbringung, Grundstückskäufe, Mieten von Grundstücken und Wohnungen et cetera konsequent mit Nein stimmen“, so Georg Horch, sachkundiger Bürger im Sozialausschuss.

Als Begründung führt die ABB auf vier Seiten unter anderem die Auswirkungen der Bundespolitik an, deren Ergebnis für Bornheim ernüchternd sei, zumal der Zustrom an Flüchtlingen unvermindert anhalte und die Kosten der Stadt ständig stiegen. Sie wirft erneut aber auch der Stadt vor, Fraktionsmitglieder und die Öffentlichkeit nicht ausreichend zu informieren und zu beteiligen. Zudem äußert sie die Sorge, die Flüchtlinge nicht mehr menschenwürdig unterbringen und ihnen nicht die nötige Integrationshilfe geben zu können. Sie befürchtet eine Überlastung der Sozialsysteme und fordert eine Obergrenze für Flüchtlinge. Mangels Argumenten sei die ABB für ihre Kritik in die rechte Ecke gestellt worden. „Die Entwicklung in Deutschland mit ihren negativen Auswirkungen auf Bornheim ist an einem Punkt angekommen, wo wir unsere bisherige kritisch solidarische Position in der Sache überdenken müssen“, so Vorsitzender Paul Breuer. hes